

**DIW Roundup**  
Politik im Fokus

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

2014

# Kosten und Nutzen von Mindestlöhnen

Carsten Schröder

# Kosten und Nutzen von Mindestlöhnen

Carsten Schröder | [cschroeder@diw.de](mailto:cschroeder@diw.de) | Abteilung SOEP am DIW Berlin

Die flächendeckende Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist eine bedeutende Intervention in den Arbeitsmarkt und die marktwirtschaftliche Ordnung in Deutschland. Motiviert ist die gesetzliche Änderung vor allem sozialpolitisch: Die Einkommenssituation von Niedrigeinkommensbezieher\*innen soll verbessert werden. Seine möglichen Kosten sind insbesondere Beschäftigungsverluste und eine Abnahme der Wettbewerbsfähigkeit. Eine evidenzbasierte sowie rationale Evaluation von Mindestlöhnen sollte den Anspruch haben, die gesellschaftlichen Nutzen und Kosten systematisch zu bilanzieren.

## Einleitung

Mit der ab 2015 anstehenden Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro/Std. folgt Deutschland einem europaweitem Trend ([Schulten, 2014](#)). Von diesem Experiment am Arbeitsmarkt sind nach Schätzungen ca. vier Millionen Erwerbstätige direkt tangiert, deren aktueller Stundenlohn unterhalb von 8,50 Euro liegt ([Brenke 2014](#); [Amlinger et al. 2014](#)). Der flächendeckende Mindestlohn ist in Ergänzung zu einer Reihe branchenspezifischer Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz zu sehen (vgl. Tabelle 1).

**Tabelle 1: Mindestlöhne nach Arbeitnehmer-Entsendegesetz**

	Allgemeinverbindlichkeit seit	Höhe in 2013	Zahl betroffene Arbeitnehmer
Maler- und Lackiererhandwerk	2009	9,75-12,00	113.800
Wäschereidienstleistungen	2009	7,00-8,00	35.000
Pflegebranche	2010	7,75-8,75	800.000
Abfallwirtschaft	2011	8,68	175.000
Bauhauptgewerbe	2011	11,25-13,70	549.900
Bergbau- Spezialgesellschaften	2011	11,53-12,81	2.500
Elektromontage	2011	8,85-9,90	295.700
Sicherheitsdienstleistungen	2011	7,50-8,90	170.000
Dachdecker	2012	11,20	71.600
Gebäudereiniger	2012	7,56-11,33	700.000
Berufliche Weiterbildung	2012	11,25-12,60	30.000
Gerüstbauerhandwerk	2013	10,00	22.900
Steinmetzhandwerk	2013	9,75-11,00	13.100

Quelle: [Bartels \(2013\)](#), [BMAS\(2012\)](#).

Der in Deutschland und anderen OECD-Ländern zu beobachtende Anstieg der Ungleichheit, stagnierende Reallöhne in den unteren Dezilen der Verteilung und ein starker Anstieg der Top-Einkommen haben die politische Durchsetzbarkeit von Mindestlöhnen begünstigt. Denn das Kernziel der Mindestlohnreform ist die Verbesserung der Einkommenssituation von Niedrigeinkommensbeziehern. Die Befürworter argumentieren, Mindestlöhne würden die Einkommen von Menschen im Niedriglohnsektor erhöhen, ihre Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen verringern und so die sozialen Sicherungssysteme entlasten. Über höhere Sozialbeiträge der vom Mindestlohn profitierenden Beschäftigten würde außerdem dem Problem der Altersarmut entgegengewirkt. Ferner könnte die Einkommensverbesserung im Niedriglohnbereich aufgrund der höheren Konsumneigung in diesem Einkommenssegment einen Anstieg der Binnennachfrage bewirken, was wiederum positive Wachstumseffekte auslöse ([Sachverständigenrat \(2013\)](#), S. 292). Dagegen argumentieren die Kritiker, Mindestlöhne würden Arbeit relativ zu anderen Produktionsfaktoren und die Produktion insgesamt verteuern, negative wettbewerbliche Effekte auslösen und Arbeitsplätze – v.a. im Niedriglohnbereich – gefährden. Letztlich würden Mindestlöhne also gerade denjenigen schaden, denen sie helfen sollten. Neben diesen wirtschaftlichen und sozialen Impulsen der Intervention müssten ferner die mit einer rechtssicheren Durchsetzung eines Mindestlohns verbundenen Verwaltungskosten beachtet werden. Die Darstellung der Argumente verdeutlicht: Für eine begründete Beurteilung bedarf es einer systematischen Gegenüberstellung der mit der Reform verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen.

### Der grundlegende Dissens

Die wissenschaftliche Debatte über Mindestlöhne ist letztlich eine Debatte zwischen zwei Schulen. Die Neoklassik betont die Funktionsfähigkeit von Märkten, Effizienz und Wachstum. Alle würden profitieren, wenn der gesamtwirtschaftliche Kuchen (BSP) größer würde, da dann mehr zu verteilen sei. Dagegen betont Economic Progressivism, dass Marktergebnisse nicht notwendigerweise fair seien, sondern Märkte (etwa bei schwacher gewerkschaftlicher Vertretung) besonders große Unternehmen mit Marktmacht und Vermögende begünstigen. Dies rechtfertigt staatliche Umverteilungsmaßnahmen, etwa über Steuer- und Transfersysteme oder Mindestlöhne.

### Kosten und Nutzen von Mindestlöhnen

Der Katalog möglicher Effekte von Mindestlöhnen ist umfangreich: Von den unmittelbaren Effekten auf die Einkommens- und Beschäftigungssituation derjenigen, die den Mindestlohn beziehen, die Verteilungswirkungen, bis hin zu langfristigen gesamtwirtschaftlichen Effekten auf Wachstum, Innovationstätigkeit der Unternehmen, Arbeitsintensität in der Produktion oder die öffentlichen Haushalte. Wenn der Mindestlohn die Beschäftigung nicht verringert, müssen entsprechend der Kostensteigerung entweder die Preise steigen oder die Gewinnmargen der Unternehmen sinken. In Großbritannien konnten langfristig sowohl erhöhte Preissteigerung in betroffenen Sektoren, sowie geringere Markteintrittsraten gemessen werden. Ein Anstieg der Preise könnte in Deutschland

die Wettbewerbsfähigkeit gefährden (vgl. [Pothier, 2014](#)). Nachfolgend sollen die Beschäftigungs- und Verteilungseffekte im Fokus stehen.

### Beschäftigungseffekte

Die wissenschaftliche Debatte über Mindestlöhne wurde stark durch das einflussreiche Papier von [Card und Krueger \(1994\)](#) beeinflusst. Hierin wird mittels empirischer Daten eine Mindestlohnreform in New Jersey (USA) evaluiert und weder negative Beschäftigungseffekte noch ein Konsumentenpreisanstieg der Produkte im betroffenen Sektor gefunden. Dieses Paper impliziert also, dass der Preis von mehr Gerechtigkeit und weniger Ungleichheit in Anbetracht vernachlässigbarer negativer gesamtwirtschaftlicher Effekte niedrig sei. Diese Studie wird bis heute kontrovers diskutiert und hat eine breite empirische Literatur nach sich gezogen, und neue theoretische Erklärungsansätze hervorgebracht (vgl. z.B. [Brown, 1999](#), [Card/Krueger, 1995](#), [Burkhauser et al., 1996](#), [Gorry, 2013](#)).

Größe und Richtung der Beschäftigungseffekte sind bis heute nicht unumstritten. Surveys über die relevante Literatur finden sich in [Brown \(1999\)](#), [Neumark und Wascher \(2007\)](#) sowie [Metcalf \(2008\)](#). Wie [Boockmann \(2010\)](#) zeigt, spielen die Ausgestaltung des Mindestlohns und institutionelle Regeln am Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle.

Zu Beschäftigungseffekten der sektoralen Mindestlöhne in Deutschland, die in Ergänzung zu tariflichen Löhnen auch zur Verhinderung von „Lohndumping“ durch Arbeitsmigranten im Zuge der EU-Osterweiterung eingeführt wurden, liegen mehrere Untersuchungen vor. [König und Möller \(2009\)](#) beispielsweise untersuchen die Einführung des Mindestlohns im Baugewerbe mittels eines Difference-in-Differences Ansatzes. Hierbei wird die Grundgesamtheit in Untersuchungs- und in eine Kontrollgruppe zerlegt. Nur die Untersuchungsgruppe darf dem Mindestlohn unterliegen. Durch ökonometrische Vergleiche zwischen Untersuchungs- und Kontrollgruppe vor und nach Einführung des Mindestlohns lassen sich dessen Wirkungen unter bestimmten Annahmen bestimmen (vgl. etwa [Card/Krueger 1994](#)). [König und Möller \(2009\)](#) finden schwache negative Beschäftigungseffekte. Eine Studie von [Frings \(2013\)](#), die andere Kriterien zur Zerlegung der Grundgesamtheit verwendet, findet hingegen keine signifikanten Beschäftigungseffekte. Zu Auswirkungen auf den Bausektor siehe auch [Apel et al. \(2013\)](#).

Zu den Beschäftigungseffekten des flächendeckenden Mindestlohns liegen zudem eine Reihe an Simulationsstudien mit unterschiedlichen Modellannahmen vor. Nach [Müller und Steiner \(2008, 2010\)](#) ist der Beschäftigungseffekt insgesamt negativ. Auch [Knabe et al. \(2014\)](#) und [Bachmann et al. \(2008\)](#) finden Beschäftigungsverluste, insbesondere für erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“), eine Zielgruppe der Mindestlohnreform. Eine Übersicht dieser und weitere Studien gibt Tabelle 2.

Generell ist bei den vorliegenden Studien zu beachten, dass der Fokus auf den kurzfristigen unmittelbaren Beschäftigungseffekten (im Niedriglohnbereich) liegt. Für eine abschließende Bewertung müssten aber auch die mittel- und langfristigen Effekte auf Beschäftigungsstruktur, Outsourcing-Aktivitäten der Unternehmen, Bildungsanstrengungen, Arbeitsengagement, Arbeitszeitanpassungen, Leistungsvorgaben, etc. erfasst werden. Die Ergebnisse der Simulationsstudien hängen ferner von den gewählten Arbeitsnachfrage- und Preiselastizitäten ab.

**Tabelle 2: Beschäftigungseffekte**

Autoren	Art der Studie	Ergebnis
Bredemeier, Juessen (2012)	Modellbasierte Analyse mit SOEP	Arbeitsangebot von verheirateten Frauen nimmt bei Mindestlohn von 8,50€ um 3-5% zu.
Müller (2009)	Mikrosimulation mit SOEP und Verdienststrukturerhebung	Beschäftigungseffekte variieren zwischen verschiedenen Arten der Beschäftigung bei Mindestlohn von 7,50€.
Müller, Steiner (2008)	Mikrosimulation mit SOEP	Beschäftigungsrückgang zwischen 70 000 und 260 000 je nach angenommener Reaktion der Güternachfrage bei Mindestlohn von 7,50€.
Müller, Steiner (2010)	Mikrosimulation mit SOEP	Beschäftigungsrückgang von 57000 Personen bis 384 000 für Preiselastizität von -2.
Knabe et al. (2014)	Simulation mit SOEP	Beschäftigungsverlust bei Mindestlohn von 8,50 Euro in Monopson- und Standardmodell (340 000 Vollzeitäquivalente).
Bachmann et al. (2008)	Simulation mit SOEP	Beschäftigungsverlust von etwa 1 Millionen in West- sowie etwa 220 000 Arbeitsplätzen in Ostdeutschland bei einem Mindestlohn von 7,50€

### Verteilungseffekte

Eine Verbesserung der Einkommenssituation im Niedriglohnbereich setzt insbesondere voraus, dass negative Beschäftigungseffekte (so vorhanden) möglichst gering ausfallen, die entlohnte Arbeitszeit nicht invers proportional zum Anstieg des Lohnsatzes absinkt und höhere Arbeitsentgelte nicht 1:1 gegen Sozialleistungen angerechnet werden.

Wie oben dargestellt sind die Beschäftigungseffekte nicht eindeutig. Gleiches gilt für die vergütete Arbeitszeit, denn Unternehmen könnten, gerade bei einfachen, leicht überprüfbar Tätigkeiten, die Lohnkostensteigerung durch höhere Arbeitsanforderungen abfedern ([Stewart & Swaffield 2008](#)). Mindeststundenlöhne sind also keine Garantie für steigende monatliche Erwerbseinkommen von Geringverdienern. Da viele Geringverdiener mit einem gut verdienenden Partner zusammen leben, sind Mindestlöhne auch nur bedingt dazu geeignet, eine nachhaltig gleichmäßigere Verteilung der verfügbaren Einkommen zu bewirken.

Mehrere empirische Analysen zeigen, dass Mindestlöhne einen messbaren positiven Effekt auf die Erwerbseinkommen im Niedriglohnsektor haben (z.B. [Card und Krueger, 1995](#) (USA), [Stewart, 2004](#) (GB), [König und Möller, 2009](#) (DE)). Bei einer Betrachtung breiterer Einkommenskonzepte wie dem Haushaltseinkommen ist der Effekt hingegen häufig schwach regressiv (vgl. den Literatursurvey von [Brown, 1999](#)), da vom Mindestlohn oft Zweitverdiener in Haushalten entlang der gesamten Einkommensverteilung profitieren. [Müller und Steiner \(2013\)](#) simulieren die Wirkungen der anstehenden Mindestlohnreform. Hiernach kommt es zwar zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Erwerbseinkommen. Aufgrund von Anrechnungsregeln mit Sozialleistungen kommt es aber bei den verfügbaren Haushaltseinkommen zu keinen positiven Verteilungseffekten. Negative Beschäftigungseffekte könnten die positiven Verteilungseffekte – je nach Annahmen des Simulationsmodells - sogar komplett konterkarieren.

**Tabelle 3: Verteilungseffekte**

Autoren	Art der Studie	Ergebnis
Müller, Steiner (2009)	Mikrosimulation mit SOEP	Mindestlohn ist ineffektives Instrument zur Armutsbekämpfung, wegen fehlendem Fokus auf arme Haushalte. Leichte Verringerung der Armut bei Singles und Familien mit Kindern oder einem weiblichen Hauptverdiener. Keine signifikante Verringerung der Armutsquote.
Müller, Steiner (2010)	Mikrosimulation mit SOEP	Mindestlohn ist ineffektives Instrument zur Erhöhung der Nettoeinkommen und Verringerung der Einkommensungleichheit, obwohl Stundenlöhne am unteren Ende der Lohnverteilung steigen.
Müller Steiner (2013)	Mikrosimulation mit SOEP	Mindestlohn ist ineffektives Instrument zur Erhöhung der verfügbaren Einkommen, da niedrige Löhne über die gesamte Einkommensverteilung verteilt sind. Ohne Preis- und Beschäftigungseffekte gewinnt das 2. Dezil der Äquivalenzeinkommensverteilung am meisten. Mit beiden Effekten, werden die Einkommen in allen Dezilen gesenkt.
Heumer, et al. (2013)	Deskriptive Statistiken mit SOEP	Flächendeckender Mindestlohn in Deutschland ist verteilungspolitisch ineffizient, da von den 19% der Arbeitnehmer, die von einem Mindestlohn von 8,50€ betroffen wären, nur 26% auch dem einkommensschwächsten Fünftel angehören. Ihr Armutsrisiko liegt mit 18% nicht viel höher als bei Gesamtbevölkerung.

### Armutsvermeidung

Die Eignung des Mindestlohns als Mittel zur Armutsbekämpfung hängt neben den im Zusammenhang mit den Verteilungseffekten genannten Kriterien von seiner Zielgenauigkeit ab: Vom Anteil der gegenwärtig als arm geltenden Haushalte, in denen mindestens ein Arbeitnehmer unter €8,50/Std. verdient. Von den Armutsgefährdeten in Deutschland sind aber mehr als 70% gar nicht erwerbstätig, darunter 25% Arbeitslose und 22% Rentner und Pensionäre ([Statistisches Bundesamt 2012](#)). Viele Arme profitieren also unmittelbar gar nicht von einem Mindestlohn. Zudem führen Anrechnungsregelungen dazu, dass die bessere Entlohnung durch Kürzungen bei den Sozialleistungen (Stichworte: Hartz IV und Hinzuverdienst) konterkariert werden (vgl. etwa [Bruckmeier & Wiemers, 2014](#)).

Müller und Steiner ([2009](#), [2013](#)) simulieren die Effekte eines flächendeckenden Mindestlohns auf die Armutsquote, die Einkommenssituation von Niedrigeinkommensbeziehern sowie die gesamte Einkommensverteilung mit einem auf SOEP-Daten basierenden Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodell. Sie finden nur schwache Einkommenszuwächse und keine signifikante Reduktion der Armutsquote oder der Ungleichheit insgesamt. Unter Berücksichtigung von Beschäftigungs- und Preiseffekten würden die Nettoeinkommen sogar sinken. Auch [Heumer et al. \(2013\)](#) schlussfolgern in ihrer Simulationsstudie, dass ein Mindestlohn in Deutschland ineffizient wäre.

### Weitere und unerwartete Anpassungsreaktionen

[Sutch \(2010\)](#) untersucht den Einfluss des Mindestlohns auf die Kapitalintensität der Produktion in den USA. Hiernach führt die ausgelöste Verknappung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich bei jüngeren Menschen zu zusätzlichen Bildungsanstrengungen, um mindestens eine Produktivität in Höhe des Mindestlohns zu erreichen. Die Unternehmer wiederum verändern ihre Produktionsprozesse: Sie automatisieren einfache Tätigkeiten und entwickeln neue Produktionstechnologien. [Sutch \(2010\)](#) spricht daher von Bildungskaskaden, die durch Mindestlöhne ausgelöst werden können. [Neumark und Wascher \(2003\)](#) finden

hingegen negative Effekte auf die Bildungsentscheidung von 16-19 jährigen, die aufgrund höherer Opportunitätskosten lieber Arbeiten als sich weiter zu bilden. Hieraus ergibt sich auch eine gesellschaftlich normative Frage: Wie soll eigentlich die Arbeitswelt von „morgen“ aussehen? Wünschen wir uns eine Arbeitswelt mit möglichst vielen wohl ausgebildeten, spezialisierten und gut bezahlten Arbeitnehmern, oder ist die Anzahl der Beschäftigten das maßgebliche Kriterium?

Zur Rolle von Mindestlöhnen für subjektive Indikatoren wie Fairnesserwägungen, Arbeitsmotivation und -zufriedenheit entwickelt sich gegenwärtig ein Strang wissenschaftlicher Arbeiten (siehe z.B. [Clark et al. \(2009\)](#), [Delfgaauw und Dur \(2007\)](#) oder [Falk et al \(2006\)](#)). [Clark et al. \(2009\)](#) zeigen für Dänemark, dass eine bessere Bezahlung von vormals gering bezahlten Kollegen auch die Arbeitszufriedenheit der besser bezahlten Mitarbeiter eines Unternehmens erhöhen kann. Dies könnte positive Auswirkungen auf die Produktivität aller Beschäftigten haben.

[Meltzer und Chen \(2011\)](#) untersuchen den Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und Übergewicht in den USA. Sie zeigen, dass die Absenkung der realen Mindestlöhne, besonders im Fast-Food-Bereich, zu dem seit den 1970er Jahren beobachtbaren Anstieg des durchschnittlichen Body-Maß-Indexes beigetragen hat.

### Ein Rahmen für eine systematische Bewertung

Wie oben dargestellt können Mindestlöhne weitreichende gesellschaftliche Effekte nach sich ziehen. Eine sowohl evidenzbasierte als auch rationale Evaluation verlangt daher eine systematische Quantifizierung aller hiermit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen: Heute und morgen, diskontiert und risiko-bewertet.

Für eine umfassende Beurteilung gilt es also, einen Katalog der verschiedenen Kosten und Nutzen aufzustellen, diese zu quantifizieren und in Geldeinheiten zu bewerten. Dies verlangt nicht nur die Abschätzung ökonomischer Effekte (etwa auf die Beschäftigung), sondern auch die Bewertung weicher Faktoren, wie Gerechtigkeit und Fairness, zu denen es sehr verschiedene Vorstellungen gibt. Daher ist die Bewertung auch davon abhängig, wie in einer pluralistischen Gesellschaft die Aspekte Gerechtigkeit/Fairness und Effizienz/Wachstum gewichtet werden.

Wenn die Nutzen die Kosten übersteigen, ist eine notwendige Bedingung für die volkswirtschaftliche Vorteilhaftigkeit der Einführung eines Mindestlohns erfüllt. In einem weiteren Schritt wäre zu überprüfen, ob es nicht zielgenauere und effektivere Instrumente, m.a.W. eine überlegene Alternative zum Mindestlohn gibt.

### Quellen

Amlinger, M., Bispinck, R., & Schulten, T. (2014). Niedriglohnssektor: Jeder Dritte ohne Mindestlohn?, WSI-Report 2014. [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_report\\_12\\_2014.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_12_2014.pdf)

Apel, H., Bachmann, R., Bender, S., vom Berge, P., Fertig, M., Frings, H., König, M., Möller, J., Paloyo, A., Schaffner, S., Tamm, M., Umkehrer, M. & Wolter, S. (2012). Arbeitsmarktwirkungen der Mindestlohneinführung im Bauhauptgewerbe. *Journal for Labour Market Research*, 45(3-4), 257-277. <http://link.springer.com/article/10.1007/s12651-012-0114-x#page-1>

Bachmann, R., Bauer, T. K., Kluve, J., Schaffner, S., & Schmidt, C. M. (2008). Mindestlöhne in Deutschland: Beschäftigungswirkungen und fiskalische Effekte, 43,. RWI Materialien. <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/61151/1/57358320X.pdf>

Bartels, C. (2013). *Versicherung und Anreize im Deutschen Wohlfahrtsstaat*, Springer Gabler. [http://download.springer.com/static/pdf/436/bok%253A978-3-658-05715-2.pdf?auth66=1401885954\\_8d764470f7a59a9426b40cfb21f4c8c3&ext=.pdf](http://download.springer.com/static/pdf/436/bok%253A978-3-658-05715-2.pdf?auth66=1401885954_8d764470f7a59a9426b40cfb21f4c8c3&ext=.pdf)

- Boockmann, B. (2010). The combined employment effects of minimum wages and labor market regulation: A meta-analysis (No. 65). IAW-Diskussionspapiere.  
<https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/39224/1/627404553.pdf>
- Bredemeier, C., & F.Juessen.(2012). Minimum wages and female labor supply in Germany, Discussion Paper Series, 6892, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.  
<https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/67203/1/727544225.pdf>
- Brenke, K. (2014). Mindestlohn: Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit unter fünf Millionen liegen. DIW-Wochenbericht, 81(5), 71-77.  
<https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/91608/1/777543281.pdf>
- Brown, C. (1999). Minimum wages, employment, and the distribution of income. Handbook of Labor Economics, 3, 2101-2163. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1573446399300183>
- Bruckmeier, K., & Wiemers, J. (2014): Die meisten Aufstocker bleiben trotz Mindestlohn bedürftig, IAB-Kurzbericht, 7. <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb0714.pdf>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2012). Verzeichnis der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge, Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat III a 8. [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/arbeitsrecht-verzeichnis-allgemeinverbindlicher-tarifvertraege.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/arbeitsrecht-verzeichnis-allgemeinverbindlicher-tarifvertraege.pdf?__blob=publicationFile)
- Burkhauser, R.V., K.A. Couch, & D.C. Wittenburg (1996). Who Gets What" from Minimum Wage Hikes: A Re-Estimation of Card and Krueger's Distributional Analysis in Myth and Measurement: The New Economics of the Minimum Wage. Industrial and Labor Relations Review 49(3):547-552. <http://www.jstor.org/stable/2524203>
- Card, D., & Krueger, A. B. (1994). Minimum wages and employment: A case study of the fast food industry in New Jersey and Pennsylvania. National Bureau of Economic Research, 4509. <http://www.nber.org/papers/w4509>
- Card, D., & Krueger A.B. (1995): Myth and Measurement: The New Economics of the Minimum Wage, Princeton University Press. <http://press.princeton.edu/titles/5632.html>
- Clark, A. E., Kristensen, N., & Westergård-Nielsen, N. (2009). Job Satisfaction and Co-worker Wages: Status or Signal?. The Economic Journal, 119(536), 430-447. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-0297.2008.02236.x/full>
- Delfgaauw, J., & Dur, R. (2007). Signaling and screening of workers' motivation. Journal of Economic Behavior & Organization, 62(4), 605-624. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0167268106000151>
- Falk, A., Fehr, E. & Zehnder, C. (2006). Fairness perceptions and reservation wages—the behavioral effects of minimum wage laws. The Quarterly Journal of Economics, 121(4), 1347-1381. <http://qje.oxfordjournals.org/content/121/4/1347.short>
- Frings, H. (2013). The Employment Effect of Industry-Specific, Collectively Bargained Minimum Wages. German Economic Review, 14(3), 258-281. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/geer.12009/full>
- Gorry, A. (2013). Minimum wages and youth unemployment. European Economic Review, 64, 57-75. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0014292113001104>
- Heumer, M., Lesch, H. & Schröder, C. (2013). Mindestlohn, Einkommensverteilung und Armutsrisiko. IW Trends, Januar. <http://www.iwkoeln.de/de/studien/iw-trends/beitrag/moritz-heumer-hagen-lesch-christoph-schroeder-mindestlohn-einkommensverteilung-und-armutsrisiko-104565?highlight=Mindestlohn%252C%2520Einkommensverteilung%2520und%2520Armutsrisiko>
- Knabe, A., Schöb, R. & Thum, M. (2014). Der flächendeckende Mindestlohn, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 2 (im Druck).
- König, M. und Möller, J. (2009). Impacts of Minimum Wages: A Micro Data Analysis for the German Construction Sector. International Journal of Manpower, 30 (7), 716–741. <http://www.emeraldinsight.com/journals.htm?articleid=1826833&show=abstract>
- Meltzer, D. O., & Chen, Z. (2011). The impact of minimum wage rates on body weight in the United States. In: Grossman, M., & Mocan, N.H. (Hrsg.), Economic aspects of obesity, University of Chicago Press, 17-34. <http://www.nber.org/chapters/c11815.pdf>
- Metcalf, D. (2008). Why has the British national minimum wage had little or no impact on employment?. Journal of Industrial Relations, 50(3), 489-512. <http://jir.sagepub.com/content/50/3/489.short>
- Müller, K.-U. (2009). How robust are simulated employment effects of a legal minimum wage in Germany? A comparison of different data sources and assumptions. DIW Discussion Paper, 900. <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/29815/1/605207569.pdf>
- Müller, K.-U., & V. Steiner (2013). Distributional Effects of a Minimum Wage in a Welfare State - The Case of Germany. SOEP Paper, 617. [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.435854.de/diw\\_sp0617.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.435854.de/diw_sp0617.pdf)



- Müller, K. U., & Steiner, V. (2010). Labor market and income effects of a legal minimum wage in Germany. School of Business & Economics Discussion Paper, 11. <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/36677/1/625896467.pdf>
- Müller, K.-U., & Steiner, V. (2009). Would a Legal Minimum Wage Reduce Poverty? A Microsimulation Study for Germany. *Journal of Income Distribution*, 18(3), 131-151. <http://pi.library.yorku.ca/ojs/index.php/jid/article/view/23685>
- Müller K.-U., & V. Steiner (2008). Mindestlöhne kosten Arbeitsplätze: Jobverluste vor allem bei Geringverdienern. *DIW Wochenbericht*, 30, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.87680.de/08-30-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.87680.de/08-30-1.pdf)
- Neumark, D., & Wascher, W. (2003). Minimum wages and skill acquisition: Another look at schooling effects. *Economics of Education Review*, 22(1), 1-10. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0272775702000067>
- Neumark, D., & Wascher, W. (2007). Minimum Wages and Employment. Institute for the Study of Labor, 2570. <http://www.nber.org/papers/w12663>
- Pothier, D. (2014): A Minimum Wage for Germany: What Should We Expect?, *DIW Roundup*, 7. [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.436461.de/diw\\_roundup\\_7\\_en.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.436461.de/diw_roundup_7_en.pdf)
- Schulten, T. (2014). WSI-Mindestlohnbericht 2014 – stagnierende Mindestlöhne. [http://www.boeckler.de/pdf/wsi\\_mindestlohnbericht\\_2014.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsi_mindestlohnbericht_2014.pdf)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013). Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, Wiesbaden. [http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/JG13\\_Ges.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/JG13_Ges.pdf)
- Statistisches Bundesamt (2012). Leben in Europa (EU-SILC). Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und in der Europäischen Union 2010. Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Reihe 3, Wiesbaden. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebeninEuropa/EinkommenLebensbedingungen2150300117004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebeninEuropa/EinkommenLebensbedingungen2150300117004.pdf?__blob=publicationFile)
- Stewart, M.B. (2004). The Impact of the Introduction of the U.K. Minimum Wage on the employment Probabilities of Low-Wage Workers. *Journal of the European Economic Association*, 2(1), 67-97. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1162/154247604323015481/abstract>
- Stewart, M.B., & J. K. Swaffield (2008). The Other Margin: Do Minimum Wages Cause Working Hours Adjustments for Low-Wage Workers? *Economica* 75:148-167. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1468-0335.2007.00593.x/full>
- Sutch, R. (2010). The Unexpected Long-Run Impact of the Minimum Wage: An Educational Cascade. National Bureau of Economic Research, 16355. <http://www.nber.org/papers/w16355>

## **Impressum**

DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

Tel. +49 (30) 897 89-0  
Fax +49 (30) 897 89-200  
<http://www.diw.de>

ISSN 2198-3925

Alle Rechte vorbehalten  
© 2014 DIW Berlin

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
des DIW Berlin ist auch in  
Auszügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.